

Rund 110.000 Menschen arbeiten in Österreich in der Pflege, davon etwa 50.000 in der sogenannten 24-Stunden-Betreuung für zu pflegende Menschen zu Hause. Viele davon mit einer eigenen Gewerbeberechtigung als neue Selbstständige und zum großen Teil aus Osteuropa. Mit der Aufhebung des Pflegeregimes im Vorjahr für Menschen in stationärer Pflege ist nicht nur der wirtschaftliche Druck auf die Bundesländer gestiegen, sondern auch die Zahl jener Menschen, die in stationäre Betreuung gehen.

Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) will deshalb noch heuer ein Konzept für eine Reform der Pflege erarbeiten. Ziel ist die „Sicherung der Pflege“ für alle, etwa in Form einer Pflegeversicherung. Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) bremst den Elan allerdings etwas. Sie will bis Jahresende ein Konzept erarbeiten. „Das heißt, es wird bis Ende dieses Jahres eine Punktation geben, was für Themen in welcher Timeline wir angehen“, sagte Hartinger-Klein diese Woche. Die Umsetzung sei dann bis Ende 2019 vorgesehen.

Kommt Pflegeversicherung?

Im Bereich der Pflege gebe es eine Vielfalt von Themen. Sie wolle sich das alles in Ruhe ansehen und genau analysieren. „Qualität geht vor Schnelligkeit“, betonte die Ministerin. Die Pflegeversicherung sei „eine Möglichkeit einer Finanzierung“. „Ob sie die adäquate ist, kann ich noch nicht sagen“, so die Ministerin. Auch eine mögliche Versicherungspflicht im Bereich der Pflege werde noch zu diskutieren sein.

Doch nicht nur die Finanzierung ist eine offene Baustelle, auch die Frage der Betreuung

wird zum wachsenden Problem. Ähnlich wie in anderen Sozial- und Gesundheitsberufen droht auch in der Pflege ein Personalmangel, weil immer mehr Pflegekräfte in Pension gehen und Nachwuchs fehlt. Verstärkt wird das dadurch, dass das Image der Pflege nicht unbedingt das beste ist.

Personal unter Druck

Sichtbar wurde das zuletzt in Salzburg. Dort haben dieser Tage rund 200 Personen für eine bessere Bezahlung in privaten Pflege- und Betreuungsorganisationen wie etwa Volkshilfe oder Hilfswerk demonstriert. Sie forderten eine Angleichung der Entlohnung an das Pflegepersonal im öffentlichen Dienst. Die Kollektivverträge der privaten Pflegeanbieter müssten endlich vom Land Salzburg anerkannt werden. „Diese systematische Unterfinanzierung bei privaten Anbietern führt dazu, dass die Beschäftigten Jahr für Jahr unter Druck kommen und Gefahr laufen, selbst krank zu werden“, sagte Gerald Forcher, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG).

Doch nicht nur in der Altenpflege gibt es Probleme, sondern auch in der Krankenpflege, wie eine aktuelle Debatte in Oberösterreich zeigt. Dort hat die Arbeiterkammer am Montag verbindliche Personalberechnungsmodelle eingefordert, „die den heutigen Anforderungen gerecht werden – von einem modernen Pflegeverständnis bis zur Zunahme von Demenzerkrankungen“, formulierte AK-Präsident Johann Kalliauer. Eine aktuelle Studie der AK Oberösterreich zeigt demnach, dass mehr Personal unbedingt notwendig ist, „denn verschiedene Entwicklungen bringen die Beschäftigten an die Grenzen der Belastbarkeit



Reform im Spitalsbereich

Oberösterreich ändert

Die Neuordnung des Oö-Spitalswesens ist mit einer Umgründung nun gesellschaftsrechtlich vorbereitet worden. Angepeilt wird eine Zusammenführung der Landesspitäler und des Kepler-Uni-Klinikums unter einer Holding. Parallel wurde eine Kampagne gestartet, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen (Bild).

– und darüber hinaus“. Kalliauer fordert deshalb eine rasche Personalaufstockung um 20%, verteilt über alle Berufsgruppen. Das Land selbst reagiert bereits: Ende der Vorwoche wurde bekannt, dass sich alle oberösterreichischen Spitalsträger und die FH Gesundheitsberufe OÖ entschlossen haben, eine gemeinsame Image- und Infokampagne zur Attraktivierung des Pflegeberufs sowie zur konkreten Bewerbung der vielfältigen Ausbildungseinrichtungen der Spitalsträger ins Leben zu rufen.

Ausbildung wird forciert

Gesundheitslandesrätin Christine Haberlander (ÖVP) will die Kräfte im Pflegebereich bündeln und gemeinsam die Attraktivität des Berufs unterstreichen, um die Ausbildungsplätze auf hohem Niveau zu halten.

Burgenland plant

Das in Graz ansässige Entwicklungs- und Planungsinstitut für Gesundheit soll gemeinsam mit Joanneum Research für die wissenschaftliche Begleitung des „Masterplan Burgenlands Spitäler“ sorgen. Ziel des Masterplans ist es, die Leistungen der fünf burgenländischen Spitäler besser aufeinander abzustimmen.

„Wir fordern eine rasche Personalaufstockung um 20 Prozent, verteilt über alle Berufsgruppen.“

Johann Kalliauer
Arbeiterkammer
Oberösterreich

“